

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

189 (21.8.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte adäquate Unterhaltungsblatt „**Sterne und Blumen**“.
Zweimal wöchentlich: das vierteljährliche Unterhaltungsblatt „**Blätter für den Familientisch**“.

Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „**Adonia**“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: **J. Theodor Weber**; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: **Franz Wahl**; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: **Heinrich Vogel**; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: **Hermann Bähler** in Karlsruhe.

Auf nach Breslau!

Unsere Gegner belächeln die großen, allgemeinen Katholikentage als „schwarze Parade“ zu bezeichnen. Und sie haben nicht so unrecht: eine große Heerschar sind die alljährlichen Katholikentage. Auf ihnen begegnen sich die deutschen Katholiken der verschiedensten Gauen und Stämme. Der Osten und der Westen, der Bayer und der Brandenburger, der Sachse und der Schlesier reichen sich in gemeinsamen katholischen Bemühen die Hand. Das allen gemeinsame Glaubensband fügt selbst die Vertreter der verschiedensten Interessen zu einem harmonischen Bunde. Die streitenden Gegensätze werden beruhigt und zusammengeführt in einer höheren Einheit. Dieses einheitliche Zusammenstreben des gesamten katholischen Deutschlands zeigt jedem Gegner und jedem Freunde die ungeborene Kraft der Kirche.

Diese Seite der Katholikentage wissen unsere Gegner zu würdigen: sie liegt ihnen ja auch am nächsten. Aber für uns Katholiken haben diese Versammlungen höhere Aufgaben, als diese äußere: vorzubereiten oder besser vorbereitet zu halten zum Kampfe, nicht zu offenbaren, wohl aber zu befechtigen gegen unsere Feinde. Unsere Katholikentage haben vor allem den Zweck innerer Weiterbildung und Stärkung des katholischen Glaubens. Sie wollen sich mit den Dingen in eigenem Lager befassen, in ihnen sich zurechtfinden, sie ordnen, bestimmen, wie wir Katholiken uns zu den wechselnden Zeitfragen stellen und zu ihrer Lösung beitragen sollen. Wenn wir nach innen gehend und nach außen, wenn wir auf allen Gebieten der Kultur unsere Mitarbeit leisten aus der Tiefe unserer katholischen Bekenntnisse heraus, so kann kein äußerer Feind uns niederwerfen.

Katholikentage und katholisches Leben in Deutschland stehen also in so engen Beziehungen zu einander, ihre Wechselwirkungen sind so stark, daß beide sich einander nicht mehr trennen werden können. Wollte man aber in früheren Jahren lediglich über die Notwendigkeit reden, durch die Katholikentage auf das katholische Leben in Deutschland einzuwirken; heute darf man daneben die Katholikentage schon als Ausdruck des lebendigen Bewusstseins, des regen katholischen Lebens in Deutschland betrachten.

Die Tagung steht auch heute wieder unter der Devise: „An omnia caritas!“ Fürwahr, ein schönerer Lösungsweg kann gar nicht gewählt werden. Im Geiste der Liebe, der Vergebung, des Friedens, der Eintracht werden auch die diesjährigen Verhandlungen geführt werden. Wie alle seine Vorgänger, wird auch der Breslauer Katholikentag eine Frieden- und Konstitution für den Frieden sein, er trägt die Idee der Einheit des Kardinals und Bischofs Georg Ropp, der während der langen Jahre seiner Wirksamkeit die Notwendigkeit der konfessionellen Friedensarbeit betont hat. Stark in der Verteidigung ihrer eigenen Ansätze, milde gegen Andersgläubige war die Devise der Katholikentage seit Anbeginn und wird es für alle Zukunft bleiben.

Wir werden auch auf neue wieder bekunden, daß wir deutschen Katholiken unentwegt feststehen in Treue zu Kaiser und Reich. Nächst dem Wohl der Kirche werden wiederum Mittel und Wege beraten werden, wie jeder einzelne oder in Verbindung mit anderen zum Nutzen des Vaterlandes arbeiten kann. Wenn man die Geschichte der Katholikentage an sich vorbeiziehen läßt, wenn man all die Anregungen verfolgt, die den letzten Beschlüssen nachgeht, so wird einem erst recht klar, welche hervorragende Arbeit im Interesse des Vaterlandes die Katholikentage geleistet haben. Man beachte nur einmal die Beschlüsse auf dem Gebiete der Caritas; da findet man Fürsorge für Arme und Krüppel aller Art, für Dienstdoten und Arbeiterinnen, für Auswanderer und fremde Arbeiter bei uns, für verwaiste Kinder und entlassene Sträflinge. Aber nicht nur Resolutionen sind es geblieben, es sind auch Taten geworden. Oder gehen wir zu der sozialen Section. Alle Berufsstände sind hier vertreten; die Wünsche von allen treten hier hervor und werden eingehend beraten. Selbsthilfe und Staatshilfe sind dann die Wege, die zur Abwendung sozialer Not genannt werden.

Wir sind gewiss, daß der Breslauer Katholikentag, wie die bereits vorliegenden Zahlen vermuten lassen, im Bezug auf die Beteiligungsziffer sich von den früheren Tagungen in nichts wird unterscheiden lassen. Er soll und muß ein bleibender Werkstein für die Geschichte des katholischen Lebens werden, und darum rufen wir nochmals unseren katholischen Glaubensbrüdern aus Ost und West, aus Nord und Süd zu: Kommt, kommt so zahlreich wie möglich nach Breslau; liegt uns zum Gelingen des großen Tages! Besonders geht unser Appell an letzte Stunde an die Jagenden und Säumenden: Laßt Euch die Meile und die Mühen nicht verdrießen, Ihr werdet dafür reichlich belohnt werden. Auch an die Glaubensbrüder an Orten, wo bereits früher Katholikentage stattgefunden haben, sei die herzliche Bitte gerichtet, unsere Versammlung mit ihrem Besuche zu bereichern und uns endlich die hochherzige Gastfreundschaft zu verleihen zu lassen. Das schöne Land Schlesien und seine alte Hauptstadt Breslau halten die Tore offen, das biedere schlesische Volk ist zum Empfange bereit, darum nochmals: Auf nach Breslau zum Katholikentag!

Augustinus-Berein und Zentrum.

Köln, 19. Aug. 1909.

In der gestrigen Versammlung des Augustinus-Bereins, welche sowohl hinsichtlich der Zahl wie der persönlichen Bedeutung der Anwesenden die höchsten Erwartungen bei weitem übertraf, wurde folgende Resolution angenommen und zwar in allen Punkten einstimmig mit Ausnahme des letzten, gegen welchen sich drei Stimmen erhoben:

1. Der Augustinusverein erkennt keinerlei Bedürfnis an, eine Definition des Zentrums aufzustellen, da das Zentrum durch sein Programm, durch die Erklärungen seiner Begründer und Führer (Pet. und Aug. Reichensperger, v. Mallinckrodt, v. Ketteler, v. Franckenstein, Windthorst, v. Schorlemer-Nesi, Dr. Lieber) sowie durch seine Gesamttätigkeit seit nahezu 40 Jahren gegen jede Mißdeutung seines Charakters und seiner Bestrebungen hinlänglich gesichert erscheint.

2. Sollte sich jemals die Notwendigkeit ergeben, das Zentrum zu definieren, so wäre es an erster Stelle Sache der geordneten Parteinstanzen, insbesondere der Fraktionen des Zentrums, eine solche Definition in Vorschlag zu bringen und zu begründen.

3. Jeder Versuch, an dem politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumsparlei zu rütteln, muß grundsätzlich abgewiesen werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde die Aktionsfähigkeit der Fraktionen empfindlich lähmen und es ihr auf die Dauer unmöglich machen, vom festen Rechtsboden der Verfassung aus alle ihre großen Aufgaben in unserem Volkleben, insbesondere auch den wirksamen Schutz des Rechts und der Freiheit der katholischen Kirche auf deutschem Boden, mit Erfolg wahrzunehmen.

4. Es gehört deshalb zu den vornehmsten Aufgaben der Zentrumsparlei, solchen Versuchen mit denselben Nachdruck entgegenzutreten, wie es seinerzeit die Führer des Zentrums getan haben, und immer wieder erneut den politischen nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums da zu betonen, wo die Zentrumsparlei als ein konfessionelles Gebilde hingestellt wird.

5. Der politische nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums läßt keinen katholischen Mitgliedern die volle Freiheit, in Weltanschauungsfragen nach den Grundrissen ihres katholischen Glaubens sich zu richten und für diese von dem Boden der Verfassung und der staatsbürgerlichen Parität aus unter aller gebotenen Rücksichtnahme auf die andersgläubigen Volksgenossen einzutreten.

6. Diejenigen Organe der Zentrumsparlei, welche den von verschiedenen Seiten gemachten Versuchen, den Charakter des Zentrums zu verwischen, freimütig und mannhaft entgegenzutreten sind, verdienen die Anerkennung und den Dank der gesamten Zentrumsparlei.

Damit hat die im Augustinusverein organisierte Zentrumsparlei durch eine gemäß dem Statut einberufene Generalversammlung ordnungsgemäß Stellung genommen zu den Versuchen, das Zentrum auf einen konfessionellen Boden zu stellen. Diese Stellungnahme konnte ja, das war von vornherein klar, nicht anders ausfallen, als es nunmehr geschehen ist. Daß sie schließlich einmütig erfolgte, ist außerordentlich erfreulich.

Die Resolution ist klar und bestimmt, sie berücksichtigt alles, was bei Behandlung dieser Frage zu beachten war. Das von den Herren Witter, Mören u. o. behauptete Bedürfnis einer Definition des Zentrums wird mit dem wirksamen Hinweis auf Programm, Gründer und Geschichte des Zentrums als nicht vorhanden bezeichnet und für den Fall, daß ein solches Bedürfnis sich früher oder später herausstelle, der einzig richtige Weg zur Klärung und dem Zentrum gewiesen. Damit ist die Bewegung, die sich an den Namen Mören-Witter knüpft, verurteilt. Grundsätzlich wird dann betont, daß der Charakter des Zentrums der einer sein auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei ohne konfessionellen Charakter ist. Wer daran rüttelt, meint es nicht gut mit dem Zentrum. Solchen Versuchen muß daher energisch entgegengetreten werden, vor allem von der Zentrumsparlei, die in dankenswerter Weise ihre Pflicht erfüllt, wenn sie diesen Versuchen, woher sie auch kommen mögen, immer Widerstand leistet. Treffend wird unterschieden zwischen der Aufgabe des Zentrums als Partei und den Anschauungen katholischer Mitglieder des Zentrums. Während der Zentrumsparlei, der katholisch ist, sich in religiösen Fragen lediglich nach den Grundrissen seines Glaubens richtet, vertritt das Zentrum religiöse Forderungen, wie alle andern unter dem Gesichtspunkt der Verfassung. Um hier kurz ein Beispiel anzuführen, das die Sache klar macht, sei darauf hingewiesen, daß der Katholik als solcher, jede andere Religionsform als die katholische für unrichtig hält und ihr daher keine Zugeständnisse macht. Ebenso hält es ja der Protestant und der Israelit bezüglich seiner religiösen Überzeugung. Das ist die sogenannte dogmatische Intoleranz. Im Staatsleben jedoch darf die dogmatische Intoleranz keine Rolle spielen; hier handelt es sich um das Zusammenleben und Nebeneinanderleben von Angehörigen verschiedener Bekenntnisse. Das Dogma scheidet überhaupt ganz aus im Staatsleben, weil darüber nie von staatlicher, sondern nur von kirchlicher Seite Entscheidungen getroffen werden können. Das Dogma ist unantastbares Gut, dem gegenüber der Staat nur die Gewissensfreiheit zu achten und zu schützen hat. Das Nebeneinander der

Konfessionen dagegen regelt der Staat durch seine Verfassung. Der Begriff, der hier zum Ausdruck kommt, ist der der bürgerlichen Toleranz, der die notwendige Konsequenz aus der Zusammenfassung unserer heutigen Staaten ist. Und von diesem Gesichtspunkte aus hat auch das Zentrum als politische Partei diese Fragen anzusehen. Mit anderen Worten, das Zentrum steht auf dem Boden der Verfassung und von diesem Boden aus tritt es, wie es im Programm des Zentrums heißt, „für die Feststellung von Garantien für religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches“ ein und für den „Schutz des Rechtes der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung.“ Wer das nicht anerkennt, der leistet speziell uns deutschen Katholiken einen schlechten Dienst.

Dies wieder kurz und klar ausgesprochen und damit allen gegenteiligen Anschauungen, auch soweit sie innerhalb des Zentrums laut werden, den Boden entzogen haben, bleibt ein Verdienst der letzten Generalversammlung des Augustinusvereins. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die offiziellen Parteinstanzen sich in keinem andern Sinn ausdrücken werden.

Eine gemeine Leistung.

Die „Freiburger Tagespost“ schreibt: Es war ein furchtbares Unglück, das anfangs August letzten Jahres über die Stadt Donaueschingen hereinbrach. Die Teilnahme für die Geschädigten war eine allgemeine. Es liegt in der Natur der Sache, daß die eine Familie schwerer, die andere weniger hart betroffen wurde. Zu denen, die am härtesten heimgesucht worden sind, gehört die Familie des Landtagsabgeordneten Wittermann, des damaligen Oberamtsrichters von Donaueschingen. Herr Oberamtsrichter Wittermann verlor zurzeit in Karlsruhe die Gattin war nach Freiburg geeilt, um ihre kranken Eltern zu pflegen. Dabei waren nur die zwei kleinen Kinder mit ihrem Stiefmutterchen. So kam es, daß dem Herrn Abgeordneten alles, aber auch alles, in den Flammen zugrunde ging. Er konnte noch froh sein, daß seine beiden Kinder gerettet waren, als er nach Mitternacht am glühenden Schutthaufen seiner Habe stand.

Ein unglückliches Zusammentreffen von Umständen fügte es, daß größere Summen baren Geldes und Wertpapiere ein Raub der Flammen wurden. Für die Verluste gab es keine Versicherung und auch keinen Ersatz. Es ist ferner in der Presse bekannt geworden, daß Herr Wittermann eine über den gewöhnlichen Umfang weit hinausgehende Bibliothek aus dem Gebiete der Kunst, Rechtswissenschaft und der Politik besaß, die er mit vielen Opfern und in regem wissenschaftlichen Streben gesammelt hatte. Auch sie wurde ein Raub der Flammen. Man mag den Geldwert einer solchen Bibliothek noch so hoch angeben, der ideale Wert wird nicht leicht erreicht. Ihr Verlust ist und bleibt nach der Seite ein unersehlicher.

Wiewohl so hart betroffen, kehrte Herr Wittermann alsbald nach Karlsruhe zurück, um einen sehr wichtigen Kommissionsbericht fertigzustellen, damit das betreffende Gesetz noch erledigt werden konnte. Man mußte die Energie und den Opfergeist des Abgeordneten von Wondorf bewundern. Alle Parteien waren wie in der Teilnahme so auch in der Anerkennung dieser Leistung einig.

Nach Schluß des Landtages nahm Herr Wittermann seinen Urlaub, sondern bot sich der Regierung freiwillig an, die verbrannten Akten des Amtsgerichts, soweit als möglich, wieder zusammenstellen zu helfen. Niemand hätte nach den Strapazen einer langen Tagungsperiode und nach den schweren Schlägen der Brandkatastrophe es verübeln können, wenn Herr Wittermann sich den ihm zustehenden Urlaub hätte alsbald geben lassen. Allein er tat es nicht, sondern teilte mit den hart betroffenen Bewohnern von Donaueschingen all die Unannehmlichkeiten, um dem Staate wie der Bevölkerung einen unschätzbaren Dienst zu leisten. Während seine Familie schon längst in Offenburg wohnte, arbeitete Herr Wittermann noch in Donaueschingen bis in das Jahr 1909 hinein.

Nun wird Herr Wittermann im „Abboten“ hingestellt als ein Mann, der sich auf nicht einwandfreie, ja ganz krumme Art auf Kosten von bedürftigen Brandgeschädigten habe bereichern wollen. Herr Wittermann war mit 17 000 Mark versichert. Die Summe war viel zu niedrig. Die genannte Presse betont, daß er das Geld wohl bei Heller und Pfennig erhalten habe, um dann fortzufahren: „Wenn das nicht genug war, hätte er eben mit der Versicherungsumme nicht sparen und sich höher versichern lassen.“ Hier wird das Motiv unfluger, fehlerhafter Sparsamkeit Herrn Wittermann untergeschoben. Gibt's sonst keine Erklärungsmodalitäten? Keine, die näher liegen? Wenn heute diesem oder jenem der nationalliberalen Herren alles verbrennen würde, würden alle vollkommen versichert sein? Wir sind überzeugt, den meisten ginge es wie uns; im Laufe der Jahre sind viele Dinge angeschafft worden, aber

an das Versichern ist man nie gekommen. In den seltensten Fällen dürfte die sparsame Sparbarkeit vorliegen. Die genannte Presse unterschreibt sie aber dem Herrn Wittermann, und nur ihm. Tausende von seinen Leidensgenossen waren mit ihm in der gleichen Lage, kein Mensch denkt daran, gegen diese Vorwürfe zu erheben, nur gegen Herrn Wittermann werden sie erhoben. Warum? Der Politiker soll getroffen und in der Achtung des Volkes herabgewürdigt werden, damit der liberale Weizen um so freier wachsen kann.

Nun geht's zum Gerede über, „es wird davon gesprochen“. Wer sind die, welche davon sprechen? Hat das nationalliberale Blatt den Mut, die Namen zu nennen? Es wäre wirklich interessant, die Namen der Ehrenmänner zu erfahren, die „davon sprechen“. Warum wählt die genannte Presse die Wendung: „es wird davon gesprochen“? Ist es ihr selber nicht geheuer bei dem, was sie damit in die Welt hinausgibt?

Dann wird in einem Zwischenakt gesagt: „Herr Wittermann klärt dies gewiß gerne näher auf.“ Zuerst verschont man sich hinter ein angebliches Gerede, dann holt man die Pistole und legt sie dem Gegner auf die Brust. Allen Respekt vor solcher Manier! Ein ganzer Kattenkönig von gemeinen Verdächtigungen liegt nun in dem, was als Gerede angeführt wird. Es wird angedeutet, Herr Wittermann „habe seinen Schaden zu hoch angegeben“, „er habe ihn unangefordert angemeldet“, „er habe dann von der angemeldeten Summe den anteilsweisen Betrag zu erhalten gesucht“, „es sei dann seine Forderung auf den verbleibenden Betrag beschränkt worden“. Es wird sogar der Anschein erweckt, als ob nur die Wittermannsche Forderung beschränkt worden sei. Dann wird gesagt: „Nach dieser Beschränkung habe er sich noch dahin bemüht, daß die Nichtausbezahlung von den Hilfsgebern einen höheren Prozentsatz als die Hausbesitzer erhalten.“ Das sind viele ehrenrührige Anklagen auf einmal. Sind sie unwahr, so erscheint uns das Prädicat Verleumdung noch zu gut. Wie steht es nun?

Es ist Tatsache, daß Herr Wittermann nicht unangefordert, sondern erst auf eine Aufforderung hin seinen Schaden anmeldete. Weiter ist Tatsache, die Verzinsung des Schadens beruht nicht auf oberflächlicher Schätzung, sondern auf einer vom Beschädigten angestellten Einzelberechnung. Es liegt in der Natur der Sache, daß in einem Hausbau, der Jahre hindurch erweitert wird, eine früh fixierte Feuerversicherungssumme bei weitem nicht dem wirklichen Wert entspricht. Das ist eine allgemeine Erfahrungssache. Nun kommt der „Abbote“ und macht hinter die 42 000 M. ein Ausruferzeichen! Was er damit sagen will, liegt auf der Hand. Aus dieser Behandlung spricht eine wirklich noble Denkart!

Es ist nicht wahr, daß Herr Wittermann die anteilsweise Summe von dem angemeldeten Schaden zu erhalten suchte. Diese Behauptung ist ein Schwindel. Das Gegenteil ist wahr. Man trat an Herrn Wittermann heran, die Fahrschädigten zu einer Befragung einzuladen. Er lehnte es ab! Nun wurden sie von mehreren anderen Beamten eingeladen. Auch Herr Wittermann erhielt eine Einladung und leistete ihr Folge. Hier vertrat Herr Wittermann selbst den Standpunkt, daß nicht der angemeldete Schaden, sondern die Versicherungssumme bei der Verteilung der Hilfsgebel zugrunde gelegt werden sollte! Hinsichtlich der Höhe hat nicht Herr Wittermann, sondern eine andere Seite den Antrag gestellt. Herr Wittermann hat lediglich zustimmend sich geäußert. Nicht um Herrn Wittermann handelte es sich, sondern um alle Fahrschädigten.

Will man an diesem Verhalten etwas tadeln? Der Hintermann, der den Abbotentitel schrieb, fühlte selbst, daß er sich zu weit vorgewagt hatte. Er wendet selbst ein, „auch liberale Beamte haben von den Hilfsgebern genommen“. Diesen Einwand macht der Herr mit gutem Grund. Es waren liberale Beamte, welche die Verteilung der Fahrschädigten einberiefen. Liberale Beamte haben genau wie Herr Wittermann ihren Anteil erhalten und angenommen. Das kann nicht bestritten werden. Wie ist es uns eingefallen, darin etwas zu sehen, was sich nicht schickte. Der Artikelschreiber macht nun aber einen Unterschied. Wittermann ist „Volksvertreter“. Von einem Volksvertreter wird doch wohl überall ein ausgeprägter Gemeinfinn erwartet, der ihm verbietet und verbietet muß, ohne Not die Gaben einer öffentlichen Sammlung für Notleidende für sich in Anspruch zu nehmen. Oder findet Herr Wittermann und seine Partei das nicht? Was die Zentrumsparlei denkt, wird dem Fragesteller von der ferneren Seite gesagt werden. Es wird ihm auch Gelegenheit geboten werden können, die Antwort selber zu hören. Wir vermuten, daß sie ihm keinen Ehrenschmuck bereitet.

Wir sind der Meinung, was dem Großherzoglichen Notar von Diemer, dem ersten Führer der nationalliberalen Partei in der Saar, recht ist,

Dürfte dem Oberamtsrichter Wittmann billig sein! Seine Gemeinheit hat er durch Opfer genug er-
hären. Wir haben es erzählt. Wer dafür ein Ver-
ständnis nicht hat, dem können wir nicht helfen.

Besonders des Kapitels vom „ausgeprägten Ge-
meinsinn eines Volksvertreters“ sollte ein national-
liberales Blatt vorsichtiger sein. Wenn der „Ab-
bote“ aber will, so sind wir gar nicht abgeneigt, aus
der Parteigeschichte des Nationalliberalismus ein
oder das andere in die Erinnerung zu rufen.

Endlich macht der Artikelschreiber noch folgendes
geltend:
„Jene Gelder sind von mildtätigen, oft recht bedürftigen
Spendern, für Notleidende gesammelt worden und
wir bezweifeln füglich, ob jemand selbst von den be-
güterten Spendern erwartet hat, daß seine Gabe dazu
dient, einem begüterten Landtagsabgeordneten und gut
bezahlten höheren Richter das zu ersetzen, was er an
Schaden nur deswegen erlitten hat, weil er nur mit
17 000 Mark und nicht höher versichert war.“

Der Artikelschreiber tut, als ob er in die Ver-
mögensverhältnisse des Herrn Wittmann einge-
weicht sei. Oder stellt er seine Behauptung nur ein-
fach auf, unbekümmert, ob sie wahr ist oder nicht?
Soweit uns Mittelungen geworden sind, war da-
mals Herr Wittmann auf seinen Gehalt angewiesen.
Der Hinweis auf das „begüterte“, auf den „gut be-
zahlten höheren Richter“ hat seine Absicht. Herr
Wittmann soll als reicher Mann hingestellt wer-
den, der aus Habgier seine Hand nach Geld aus-
gestreckt hat, das ihm bei gutem Gewissen nicht zu-
stand; denn es wird darauf hingewiesen: für solche
Herren haben es die Spender nicht gegeben.

Damit Herr Wittmann noch schlimmer erscheint,
wird gesagt, „oft recht bedürftige Spender“ haben
die Hilfselder aufgebracht, sie stammen oft aus
den Armen der Armen; weiter wird gesagt: für
„Notleidende“ sind sie gesammelt worden. Nun
seht, so steht zwischen den Zeilen, den schlechten
Menschen, und der will Volksvertreter sein!

Offen gestanden, es hat uns geradezu angeekelt,
als wir diese demagogischen Gemeinheiten lasen.
Auch wir gehören zu denen, die aus ihren bescheidenen
Mitteln damals freudig beigetragen haben; aber wir
dachten dabei nicht bloß an die, welche auch schon
vor dem Unglück mit der Not des Lebens schwerer
als andere zu ringen hatten. Nicht minder hart
scheinen uns die betroffenen worden zu sein, die
von einer Stunde zur anderen um alles, was sie
durch Jahre erspart und erworben hatten, gekommen
waren und denen Stand und Stellung es schwer
machte, fremde Hilfe anzunehmen oder gar zu
suchen, denen der Gang auf solchen Wegen recht
bitter werden mußte. Wir waren der Meinung,
hier sollte ein gewisses Partgefühl es nahelegen, im
Unglück Hilfe und Schonung der Stellung und dem
Stand angeheben zu lassen. Wir wissen, daß
Herren es für angemessen hielten, solchen Familien
gegenüber in schonender Weise noch ein übriges zu
tun, ihnen, einzelnen Mitgliedern der Familie unter
diesem oder jenem Titel etwas zuzuwenden, ohne
daß man von einer Unterstützung reden mußte. Wie
wir, dachten sicherlich die meisten Geber. Auf den
niedrigen Standpunkt des „Abboten“ stellen sich
wohl nur wenige außer dem Artikelschreiber. Ja,
wir sind der Überzeugung, daß auch er sich nicht
auf diesen niedrigen Standpunkt stellte, als er seine
Gabe nach der Unglücksfälle sandte. Wir glauben,
daß erst der Haß gegen den Zentrumsländer
a t e n ihn auf diesen herabdrückte. Wir sind weiter
der Überzeugung, daß bis tief ins nationalliberale
Lager hinein dieses Verhalten gegen Herrn Witte-
mann eine scharfe Beurteilung findet.

Soweit wir es übersehen können, beteiligt sich
die gemessene Presse mit wenig Ausnahmen nicht
an den niedrigen Angriffen. Diese Feststellung
spricht für sich. Die Zentrumsleute aber werden am
21. Oktober ihre Antwort geben.

Deutschland.

Berlin, 21. August 1909.

**Die Mandatsmündigkeit des Abg. Wasser-
mann betr.** Herr Reichstagsabgeordneter Wasser-
mann veröffentlicht folgende Darlegung:

„Es geht durch die Blätter eine Mitteilung, wo-
nach ich in Vda erklärt hätte, daß der Abg. Wasser-
mann bei den nächsten Wahlen nicht wieder kandi-
dieren würde. Da diese Nachricht von einzelnen
Zeitungen mit den verschiedensten Kommentaren
wiedergegeben wird, möchte ich folgendes dazu be-
merken:

„In der Versammlung in Vda griff ein konservativer
Parteilocher in maßloser Weise die „Landwirtschafts-
feindliche“ nationalliberale Partei und insbesondere ihre
Führung an, die bei der Reichsfinanzreform durch ihre
Aufsichtseltern besetzt und der Fraktion die Zustimmung
zur Erbschaftsteuer nicht aus sachlichen Gründen, son-
dern nur zu dem Zweck aufgedrängt hätte, um die konser-
vative Partei auf die Knie zu zwingen. Hierauf er-
widerte ich, daß der Vorwurf der Landwirtschaftsfeind-

Tiroler Festschrift.

Das aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Erhebung
Tirols vom Verlag der „Adonia“ herausgegebene
„Gedenkbuch“, das in einer Auflage von etwa
300 000 Exemplaren in ganz Deutschland verbreitet
wurde, hat auch in Österreich, besonders in Tirol, leb-
haften Anklang gefunden. Ein in Kunstdruck aus-
gestrichenes Exemplar dieser Festschrift wurde u. a. an
den greisen Kardinal Fürst-Erzbischof Ratzschaler
in Salzburg, der als gebürtiger Tiroler (aus dem
Zillertal) der Jahrhundertfeier ein besonderes Interesse
entgegenbringt, gesandt. Als Antwort ist hierauf an
den Redakteur und Herausgeber der Festschrift, Herrn
Direktor Vogel, nachstehendes sehr anerkennende Hand-
schreiben seiner Eminenz eingetroffen:

Gn. Wohlgeborenen!
Sie haben mir unter dem 14. d. M. eine sehr schöne,
künstlerisch ausgestattete Festschrift, welche aus Anlaß der
Tiroler-Jahrhundertfeier in Ihrem Verlage erschienen ist,
gütigst überreicht. Erfreut über diese Nummer habe ich,
erlaube ich mir sowohl meinen herzlichsten Dank hierfür als
auch meine Anerkennung über die Leistungsfähigkeit Ihres
Etablissements auszusprechen.

Mit dem Ausdrücke vorzüglicher Hochachtung und meinen
Dank nochmals wiederholend, zeichne ich

Gn. Wohlgeborenen
ergebener
Johannes Kard. Ratzschaler,
Fürst-Erzbischof.
Salzburg, 19. August 1909.

haftigkeit von konservativer Seite ein Akt der Unbanbarkeit
sei gegen den Abgeordneten Wassermann, der als Führer
unserer Fraktion in dem schweren Kampfe um den Zoll-
tarif im Interesse unserer Landwirtschaft ein gut Teil
seiner Gesundheit geopfert hätte, und daß der Vorwurf
des latselosen Arbeitens am wenigsten ihn treffe,
der auch bei diesen inneren und äußeren Kämpfen so
wenig Rücksicht auf seine Gesundheit genommen hätte,
daß er sich zuweilen die Frage hätte vorlegen müssen, ob
sein Gesundheitszustand es ihm erlaube,
bei den nächsten Wahlen wieder zu kandi-
dieren. Die Fraktion und die Partei ist mit mir
einig in dem Wunsche, daß es uns gelingen wird, wenn
der Zeitpunkt der Wahlen kommt, Herrn Wassermann zu
vergegen, solche momentanen Bedenken zurückzustellen. Er
wird dies umso leichter tun angesichts der Einmütigkeit
der Fraktion und der Gesamtpartei, die auf dem letzten
Parteitage einen so glänzenden und erhebenden Ausdruck
gefunden hat.

Für den Abg. Wassermann wird die Hauptfrage sein,
ob sich wieder ein Wahlkreis für ihn finden läßt, in
welchem er sicher gewählt wird. Diese Frage ist
sicher bedeutender für ihn, als die Gesundheitsrück-
sichten.

Die „letzte“ Stütze. Anlässlich der Reichstags-
eröffnung in Neustadt-Randau spielte sich in Neu-
stadt eine kleine Episode ab, die bekannt zu werden
verdient. Am Abend des Wahltages fand ein Kom-
mers des Kartells der vier pfälzischen Gymnasial-
absolventen statt, zu dem etliche hundert Studenten er-
schienen waren, darunter auch 14 Mitglieder katho-
lischer Korporationen. In seiner Ansprache be-
grüßte der Leiter des Kommerzes die einzelnen Ver-
bände, natürlich auch die katholischen. Das war
nur eine Forderung des Anstandes. Die Mehrzahl
der anwesenden Vertreter der schlagenden Verbände
erhoben sich jedoch anderer Ansicht zu sein. Denn
als die katholischen Korporationen genannt wurden,
erhoben sie einen obrenkelnden Lärm, der mitunter
lang dauerte. Einige Augenblicke später zog vor
den Saalbau, in dem der Kommerz stattfand, eine
große Volksmenge unter sozialdemokratischer Füh-
rung (Rechtsanwalt Adernann-Franzenhof) mit
Muschel und roter Fahne, um am Eingange des Wahl-
ergebisses zu verharren. In seiner Rede wies der
sozialdemokratische Sprecher auf die im Saale drin-
nen verarmte akademische Jugend hin, die die
„letzte Stütze des sterbenden Liberalismus“ sei.
Ein „nationaler“ Rechtspraktikant von Neustadt war
anscheinend der gleichen Meinung; er ließ sich das
Präsidium übertragen, machte Mitteilung von dem
„schmachvollen Wahlergebnis“ und verlesete dem
„rechtsfeindlichen“ Zentrum einige kräftige Sätze.
So wurde aus dem Kommerz eine liberale Versamm-
lung gemacht, unter richtiger Vergewaltigung
derjenigen, die damit nicht einverstanden waren. Auf
diese letzte „Stütze“, junge Akademiker von der Art,
wie sie auf dem Neustädter Kommerz brüllten und
johlten, kann der Liberalismus wahrlich stolz sein.

**Zum Kapitel „Totenfrage um die Erbschafts-
steuer“** schreibt Richard Nordhausen im „Tag“
(Nr. 184) mit guter Salire und dem Nagel auf den
Kopf treffend: „Um sie verhasst zu machen, läßt die
Partei die Bekämpfung der Erbschaftsteuer umhelfen.
Den Liberalen kann man diese Taktik nicht ver-
argen, obgleich es bis vor kurzem keine zornvolleren
Wesamper der Erbschaftsteuer als sie gegeben hat
und obgleich sie sich nur aus Haß der Konservativen
auf den Weg nach Damaskus begeben haben. Sie
verschweigen ihren Wählern zweierlei: daß ein Teil
von ihnen indirekte Steuern unter keinen Umständen
bewilligt, also die Finanzreform lehrenmäßig zu
Fall gebracht hätte, während der andere Teil über-
schwänglich hohe Zölle und Biersteuer anbot und
deshalb ebenso verdammungswürdig wie die Rechte
und das Zentrum ist.“ Nordhausen ist liberal.

**Die angebliche Parteirebellion im konser-
vativen Lager,** über die man tagtäglich die libe-
ralen Blätter triumphieren und neue Küberger-
schichten verbreiten hört, ist genau so zu beurteilen
wie die von der gleichen Presse behauptete Parteire-
bellion im Zentrumslager. Die liberale Presse
liegt, was Zeug hält und verleiht es infolge ihrer
Uebermacht — das deutsche Volk ist ja nicht liberal,
tief aber liberale Blätter — eine gewisse Stimmung
zu machen. Für den Kenner der liberalen journa-
listischen Sitten braucht es gar keine Belehrung dar-
über, daß die meisten Artikel der liberalen Presse
über die angebliche Rebellion bestellte Tendenzarbeit
sind. Das System ist überall das gleiche. National-
liberale Versammlungen, in denen über die konser-
vativen losgezogen wird, werden zu konservativen
gemacht; von konservativen Rednern, welche von
Gegnern angepöbel werden, wird behauptet, ihre
eigenen Wähler hätten sie nicht sprechen lassen; Leute,
die aus der Partei ausgeschlossen wurden, werden
als ausgetreten hingestellt. Die üblichen Nachrichten,
welche die liberalen Blätter bringen, sind meist aus
dem „Berliner Tagblatt“ bezogen und werden durch
liberale Parteikorrespondenzen verbreitet; ihr un-
wahrer Inhalt wird nie widerrufen, genau so wie
bei uns im Süden.

Die „konservative Korrespondenz“ schreibt daher
mit Recht:

„Das Berliner Tagblatt“, das sich in dreifacher Auf-
dringlichkeit andauernd um die inneren Angelegenheiten
der konservativen Partei kümmert und sie nach seiner Zeit
mit jeder Strafe entsetzt und fälscht, bringt in einem
„konservativen Parteirebell“ überschriebenen Artikel
niederwärtig eine Zusammenstellung von Wählermeldungen
über angebliche, zum Teil übertriebene, zum kleineren
Teil vielleicht auch tatsächliche Zustimmung innerhalb
der konservativen Partei. Wir haben diesen Treiben
— in dem leider auch ein Teil der nationalen Presse
dem Woffelblatt Gefolgschaft leistet — bisher im Bewußt-
sein der von der konservativen Reichstagsfraktion erfüllten
nationalen und politischen Pflicht ruhig zugehört, weil
wir mit Zuversicht erwarten dürfen, daß den Lärm der
übermächtigen liberalen Presse allmählich doch die
Stimme der Wahrheit überwinden wird. Nun aber wollen
wir doch — nicht etwa um das Berliner Tagblatt“ zu
überzeugen, woran uns gar nichts liegen kann, sondern
um unseren Freunden zu zeigen, wie heutzutage gefälscht
wird — diesem Vorgehen ein Ende machen.“

Dann wird eine ganze Reihe von liberalen Bügen
entlarvt. Recht! Dieser Gesellschaft muß ganz
energisch entgegengetreten werden.

Rusland.

Oesterreich-Ungarn.

— Die neuen Steuerprojekte. Wie der „Ff. Ztg.“
aus Wien gemeldet wird, ist vorgestern Finanzminister
Bilinski zur Fortsetzung seines unterbrochenen Urlaubs

von Wien abgereist, woraus geschlossen wird, daß die
Entscheidung über die neuen Steuerprojekte nicht un-
mittelbar bevorsteht. Bei dem Erlaß für die fallen-
gelassene Biersteuererhöhung wurden in erster Linie
Monopole auf Zündhölzchen, Spiritus und
Petroleum, sowie die Erhöhung der Zigaretten-
und Zigarettenpreise genannt. Nach der Stimmung
im Parlament dürfte der Erlaß in erster Linie bei der
Biersteuer gesucht werden. Sowohl bezüglich der Aus-
gestaltung der Biersteuer wie etwaiger Konsumsteuern
wird Bilinski verschiedener aus dem Anlaß der
neuen reichsdeutschen Steuern zurückmen.

Dänemark.

Eine Dame im Parlament. Als nach Beginn der
vorgestrigen Parlamentsführung der Präsident vom
Kabinettswechsel Kenntnis gegeben hatte, erschien plötz-
lich eine Dame im Sitzungssaal, stellte sich vor den
Präsidentenstuhl und rief: „Hier sitz ich, dänische
Männer, handelt und schachtet in Nachbeger und Eigen-
liebe um das Wohl und Wehe des Landes! Euch soll
an diesem Orte gesagt sein, daß die Frauen Däne-
marks euch verzeihen, euch brandmarken
als einen Haufen vaterlandsloser Söldner, die die Ehre
Dänemarks verraten!“ Trotz ununterbrochenen Lautens
der Präsidentenloge und trotz der Zwischenrufe der Ab-
geordneten konnte sie diese Ansprache zu Ende bringen.
Sie wurde von Parlamentsmitgliedern aus dem Saal ge-
führt. Es wurde festgestellt, daß es sich um ein Fräulein
Wettenholz handelt.

Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei.

In der Antwort Griechenlands auf die letzte Note
der Porte wird lebhaftes Bedauern darüber ausgedrückt,
daß die Türkei selbst nach der ersten Antwort
auf ihren Beschwerden über die Haltung Griechen-
lands in Amulien und Kreta beharre. Sicherlich
habe die Anarchie, die seit langem Amulien ver-
wüste, mancherlei Mißverständnisse veranlaßt. Grie-
chenland belege mehr als irgendjemand die Ver-
wegung, die die vertriebenen Völker begünstige und
ruiniere. Daher bemühe sich Griechenland, seit der
neue Stand der Dinge die Wiederherstellung der
Ordnung erbitten lasse, die Aufgabe der Türkei zu
erleichtern. Die von Griechenland ergriffenen Maß-
nahmen seien ein Beweis für den festen Entschluß,
von dieser Verwaltungslinie nicht abzuweichen.
Kreta betreffend werde die Porte zugeben, daß sie
in den früheren Verhandlungen weit entfernt ge-
wesen sei, die frühere Haltung Griechenlands als
nicht vorwurfsfrei zu betrachten und daß sie die
Korrektheit Griechenlands wiederholt selbst betont
habe. Nichtsdestoweniger sei Griechenland bereit,
sich in allen Punkten den Beschläüssen der Schutz-
mächte anzupassen, und es werde eine eventuelle Be-
wegung auf der Insel nicht ermutigen. Griechen-
land hoffe, daß die Porte seine Lokalität anerkennen
und zugeben werde, daß kein Anlaß vorliege zu
fortwährenden Mißverständnissen, die für die In-
teressen beider Länder so verderblich seien.

Aus Konstantinopel wird vom 20. d. M. ge-
meldet: Die maßgebenden Stellen der Porte er-
klären die Lage in der Kretafrage für befriedigend.
Durch das Vorgehen der Schutzmächte auf Kreta
sei die Spannung beseitigt. In der Wiederholung
der griechischen Forderung, sowie in der Meldung, daß
die Konfuz der Schutzmächte von der türkischen
Regierung die formelle Zustimmung erlangt haben,
daß die griechische Forderung künftig nicht mehr gehft
werde, sehe die Porte eine Bürgschaft, daß die
Schutzmächte die türkische Souveränität über Kreta
vor fernere Verletzung schützen werden. Dies sei
für die türkische Regierung, die niemals kriegerische
Verwickelungen erstrebt habe, sondern nur ihr Recht
verteidigt, von entscheidender Bedeutung gewesen.
Daher sei es nicht die Schuld der Türkei, wenn die
Lösung der Frage solange hinausgezogen werde. Be-
züglich der freistehenden Antwortorte wird erklärt, daß
ihre Bedeutung für die türkische Regierung durch die
inzwischen eingetretene Wendung der Lage in den
Hintergrund getreten sei. Der Inhalt der Note
habe jedoch den allgemeinen Erwartungen ent-
sprochen. Der Schriftwechsel zwischen den beiden
Regierungen ist damit wahrheitsgemäß beendet. Die
Entscheidung hierüber werde jedoch erst in dem am
Sonntag tagenden Ministerrat getroffen.

In Skandia hat die Bevölkerung selbst die von ihr
gehöhte griechische Fahne niedergeholt.

Aus Canea meldet der „Matin“: Gestern früh
meuterte eine kriegerische Milizkompanie, welche die
Kaserne verließ und entgegen dem Befehl ihrer
griechischen Offiziere sich bewaffnet zur Festung be-
gaben, begleitet von einer großen Volksmenge,
worauf die griechische Flage von den Soldaten
wieder gehft wurde. Sie bedrohten hierbei ihre
griechischen Offiziere. Schließlich gelang es aber
dem Kommandeur der Miliz, die Truppe zu veran-
lassen, in ihre Kaserne zurückzukehren. Hierbei
wurde der Kommandeur unterzucht von dem Erz-
bischof, welcher die Bewohner anflehte, im Interesse
des Landes nachzugeben. Die Flage wurde hierauf
von Zivilisten gehft, welche sich weigerten, die
Fahne herunterzuziehen. In der Stadt herrschte
große Aufregung. Nach weiteren Meldungen des
„Matin“ aus Canea fordert der Gouverneur die Be-
hörden auf, die griechische Flage herunterzuziehen,
um eine Befehung der Festung durch internationale
Truppen zu verhindern. Schließlich drang der
Gouverneur an der Spitze von Miliztruppen in die
Festung ein und entfernte die Flage, ohne Wider-
stand zu finden. Der „Matin“ meldet aus Canea:
In der Kammer fand eine Interpellation über die
Befehung der Festung durch die internationalen
Truppen statt. Regierungseitig wurde geantwortet,
daß entsprechend den Erklärungen der Konfuz die
Befehung nur von kurzer Dauer sein würde, wenn
die Einwohner sich ruhig verhalten. Die 8 fremden
Kriegsschiffe liegen noch immer auf der Rhede.

Hd. Athen, 20. Aug. Siegfriede diplomatische
Freie glauben, daß ein Zusammenstoß zwischen der
Türkei und Griechenland definitiv abgemeldet sei,
da, wenn die griechische Antwort die Porte nicht be-
friedigt, die Schutzmächte gemeinsam bei der Porte
einschreiten.

Hd. Paris, 20. Aug. Die beiden Kriegsschiffe,
welche gleichfalls nach Kreta gehen sollten, verbleiben
in französischen Gewässern, wo sie Schießübungen ab-
halten.

Baden.

Karlsruhe, 21. August 1909.

Die Brauseer-Grühung in Baden.

Nachdem seit 1. August ds. Js. im norddeutschen
Brauseerzeugungsbereich und auch in Elbst-Verbringen
eine Erhöhung der Brauseer eingetretet ist und
Württemberg hierin am 1. Oktober er. nachfolgt, wird
die Frage der Brauseer-Grühung auch für Baden
immer aktueller. Wie nun verlautet, wird die Groß-
Regierung dem im Oktober neu zu wählenden Landtag
alsbald nach seinem Zusammenritt eine Novelle zum
Brauseerergesetz vorlegen. Wie diese aussehen wird, ver-
mag man noch nicht mit annähernder Bestimmtheit zu
sagen. Zu der Frage der Brauseer-Grühung in Baden
wird eine Deputation der bad. Brauer beim bad. Finanz-
ministerium bereits vorgelegt. Die Darlegungen der De-
putation dürften sich, wie wir von kompetenter Seite er-
fahren, in folgendem Sinne bewegen:

Den wichtigsten Faktor bildet selbstverständlich die
Frage, wie die Steuererläge ausfallen werden. In den
Streifen der badischen Brauer hofft man, daß diese Erläge
so angelegt werden, daß sowohl die Kleinbrauer, als
auch die Mittel- und Großbrauer sich damit einverstanden
erklären können. Einest verheißt man sich nicht: Trill
bei der enormen Steuererhöhung, wie sie von der Reichs-
regierung veranlaßt worden ist, in den Staffeln eine
zu weitgehende Spannung ein, so besteht die Gefahr, daß
solche Verhältnisse in den Bierpreisen eingeführt
werden, daß mit dem dadurch herausgeschworenen Kon-
kurrenzkampf auch der Lebensnot der Brauerien an
seiner empfindlichsten Stelle getroffen werden kann. Eine
sehr ernste Frage bildet für die badische Brauindustrie
die mit dem 1. August in Elbst-Verbringen eingetretene
Erhöhung der Liebergangs-Abgabe auf 5.75 Mk. pro
Hektoliter Bier. Diesem hohen Satz ist ein Malzver-
brauch von 25 kg. pro Hektoliter Bier zuzurechnen ge-
legt. Man glaubt unbilligerweise wünschen zu dürfen, daß die
Mälzvergütung nach demselben Satz bemessen werde,
daß auch vom Mälzfabrikant die Mälzvergütung nach dem-
selben Satz bemessen werde, dies ist jedoch nicht der Fall
und die badischen nach dem Elbst exportierenden
Brauerien erleiden dadurch einen sehr empfindlichen Ver-
lust und werden so den elbstischen Brauerien gegenüber
gewaltig benachteiligt, wenn nicht gar konkurrenzunfähig
gemacht. Man wünscht deshalb, daß die bad. Regierung
ihre eigene Brauindustrie, an deren Lebensfähigkeit und
Steuerkraft doch in erster Linie der Staat interessiert
ist, in dieser Hinsicht unterstütze und die Mälzvergütung
nach demselben Satz gewährt, nach welchem auch vom
Bundesstaat, in den ausgeführt wird, die Liebergangs-
Abgabe erhoben wird.

In der richtigen Erkenntnis, daß die sofortige Ent-
richtung der Brauseer für die Brauerien eine un-
gerechte Mehrbelastung bedeutet, da sie doch auch erst nach
Monaten die Herstellungskosten durch Verkauf und Be-
zahlung des fertigen Produkts wieder erlangt bekommen,
hat ersuchenweise das Reichsbrauseerergesetz in seinem
§ 8 eine sechsmonatige Stundung der Steuer vorgezogen.
Es liegt wohl kein Grund vor, der badischen Brau-
industrie diese durchaus gerechtfertigte Vergünstigung zu
verweigern und die diesbezügliche Stundung, die während der
Wintermonate auf die Monate eingedrückt wird, nicht
auch für das ganze Jahr zu bewilligen und zwar auf
jeweils sechs Monate.

Die badische Landeszeitung

behaupet in ihrer Nr. 333 Geißl. Hat Wader habe sich
im Jahre 1899 Kar und beulich auf den Standpunkt
gestellt, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei sei.
Wir begnügen uns damit, diese Behauptung für un-
wahr und lächerlich zu erklären. Ihre „Wessels“
für ihre Behauptung sind von der Art, wie wir sie bei
der „Wandzeitg.“ längst kennen.

Ein weiterer glänzender Zentrumsieg.

Erdingen am Kaiserstuhl, 21. Aug. Bei den
Bürgerauschuwahlen der 3. und 2. Wählerklasse errang
die Liste der Zentrumsparthei einen glänzenden Sieg. In
der Klasse der Niederstbesessenen stieg die Zentrumsliste
mit 175—172 Stimmen, die liberale Liste erhielt 89
bis 86 Stimmen; in der Klasse der Mittelbesessenen
bekam die Zentrumsliste 99—108 Stimmen, die der
liberalen Gegner nur 53—60.
Wir gratulieren den Erdingen Parteigenossen zu diesem
glänzenden Resultat in dieser Zeit der liberal-sozialistischen
Zentrumshege.

II Worüber man in der Sozialdemokratie nicht reden darf.

Wie es mit der freien Meinungsäußerung bei den
Genossen aussieht, das bemerkt treffend der „Volksfreund“
in Nr. 190 vom 18. August, indem er unter der Rubrik
„Aus der Partei“ anführt:

„Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, hat der
sozialdemokratische Verein (Friedrich-Barnes) beantragt, es
möge mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage und
die jüngsten Erfindungen in der Partei auf die Tagesord-
nung des Parteitages die Taktik der Partei“ gesetzt und
Genosse Stauch als Referent ernannt werden.“

Es scheint, als ob es gewissen Genossen bei der gegen-
wärtigen, für die Partei äußerst günstigen Situation nicht
wohl ist und daß sie deshalb unter allen Umständen aus
Leipzig ein zweites Dresden machen möchten. Anders kann
man sich die abholte Überfüllung, das Ansehen der Partei
schwer schädigende „Aufregung“ über die „jüngsten Erfind-
ungen“ nicht gut erklären. Es gibt jetzt doch wahrhaftig
wichtigeres zu tun, als einige überflüssige dogmatische Be-
schlüssen zu beschließen, durch die der Genossenschaft in hoch
seine Fesseln angelegt werden können. Was kommen muß,
kommt, alle Resolutionen und Reden über die Taktik zum
Tage. Unnötige Parteitage werden immer mehr zu Konzilien,
die „wag feilschende Wahrheiten“ beschließen. Man höre
damit doch endlich auf, zumal in einer Zeit, wo es gilt,
praktische Arbeit im Interesse und zum Wohle der unter-
drückten Volksmassen zu leisten.“

Die „jüngsten Erfindungen“ in der Partei der abso-
luten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wie sie z. B.
die Panlovere Genossen säubern, dürfen also nicht zur
Sprache kommen, damit aus Leipzig nicht ein zweites
Dresden werde. Das liegt sich allerlieblich in einem Frei-
heitsorgan, wie es der „Volksfreund“ doch sein will.
Natürlich, die Herren, die einmal über das Niveau des
gewöhnlichen Genossen hinaus sind, gehören ja selbst zu
den Führern und eine Kräfte haßt bekanntlich der an-
dern kein Auge aus. Darum still Ihr da unten! Keine
Freiheit!

Dagegen wäre es nach den Ansichten des Revisionisten
Kob besser, der Parteilage würde sich mit der von den
Anhaltischen Genossen beschlossenen Resolution „Gegner
Beachtung schenken, die ein Aktionsprogramm von aktu-
ellen geschäftlichen Arbeiten für den Reichstag ver-
langt. Als Gegenstände hierfür werden genannt: „sozialistische
Revision der Verfassung, parlamentarische

Richtig spart,

wer stets nur das echte, bewährte kauft und sich nicht Nachahmungen als „ebensogut“ aufreden lässt. Dies gilt vor allem auch für MAGGI'S Würze, die seit 20 Jahren das Vertrauen der Hausfrauen genießt, als bestes und billigstes Küchenhilfsmittel, das wirklich hält, was es verspricht.



II deutsche Staatspreise, 57 Goldene Medaillen und viele andere hohe Auszeichnungen.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Januar 1909 unter Nr. 1 bis mit Nr. 2210 ausgetheilten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 3. September 1909 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.
Karlsruhe, den 21. August 1909.
Städtische Pfandleihkasse.

Stadtgarten-Theater Karlsruhe.

Samstag, den 21. August 1909, abends 8 Uhr:
Benefiz-Vorstellung für Herrn Kapellmeister
Rudolf Groß.
Die lustigen Nibelungen.
Burlates-Operette in 3 Akten von R. v. Heilmann.
Musik von Oscar Strauß.

Sonntag, den 22. August 1909, abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.

Vervielfältigungen: mit der Schreibmaschine

sind besonders zu empfehlen für Geschäftsöffnungsanzeigen, Verkaufsangebote, Agentenangebote, Lebensläufe, Fest- und Hochzeitslieder, Festzettelungen, Bewerbungsschreiben, Gelegenheitsangebote, Speisezetteln, Fragebogen, Reklamen jeder Art, Prospekte, Verträge, Einladungen, Programme, Rundschreiben, Versammlungs- und Jahresberichte, Eingaben, Protokollauszüge, Satzungsunterlagen, Zeugnisabschriften, Doktor-, Examen- und Schriftstellerarbeiten, Kostenschläge, Beschreibungen aller Art (auch auf Postkarten), Bilanzen usw. usw. Die Preise sind billigst. = Anfertigung schnellstens. = Ausführung peinlich gewissenhaft. = halt und sauber. =

Hans Dinger
Karlsruhe i. B.
Wielandstrasse Nr. 16
Übernahme auch aller sonstigen vorkommenden maschinenschriftl. Arbeiten. Lieferung besonders nach auswärtigen, Muster und Preisangebote zu Diensten. Verschwiegenheit sicher.

Red Star Line
Rote Stern Linie
Postdampfer von
Antwerpen
nach
New York
und
Kanada

Auskunft erteilen:
Red Star Linie in Antwerpen
oder deren Agent
Richard Graebener, Kaiserstrasse 199a, Eingang Waldstrasse, Karlsruhe.

Nächste Badische Invaliden-Geldlotterie
Ziehung 4. September
2928 Bargewinne ohne Abzug
44000 M.
1. Hauptgewinn
20000 M.
327 Gewinne
15000 M.
2600 Gewinne
9000 M.
Los à 1 M. (11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unternehmer
Strasbourg 1. E. J. Stürmer, Langstr. 107.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Gebr. Gähringer, G. m. b. H., Kaiserstr. 60, H. Neyle, E. Flügge, L. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

Groß. Badische Baugewerkschule Karlsruhe.

I. Hochbautechnische Abteilung.
(Vorbereitung für staatliche Wertmessenprüfung.)
II. Bahn- und Tiefbautechnische Abteilung.
(Vorbereitung für staatliche Wertmessenprüfung.)
In den Winter-Semestern wird die 5. Klasse nicht geführt.
III. Maschinenbautechnische Abteilung.
(Vorbereitung für staatliche Wertmessenprüfung.)
IV. Elektrotechnische Abteilung.
(Vorbereitung für staatliche Wertmessenprüfung.)
V. Abteilung zur Heranbildung von Gewerbelehrern.
Beginn des Winter-Semesters 1909/10:
Mittwoch, den 3. November 1909, morgens 8 Uhr.
Anmeldungen neuer Schüler, wie auch solcher, welche früher schon unsere Anstalt besucht haben, sind schriftlich bis längstens 2. Oktober, abends, an die Direktion der Groß. Baugewerkschule Karlsruhe i. B. zu richten. Unterlassung der schriftlichen Anmeldung bis zu diesem Zeitpunkt hat Zurückweisung zur Folge.
Schüler, welche länger als 3 Semester die Anstalt nicht mehr besucht haben, sind beim Wiedereintritt verpflichtet, in den mathematischen und konstruktiven Fächern der zuletzt besuchten Klasse aufgrund des zurzeit bestehenden Lehrplans eine Prüfung abzulegen, in der sie dazun, daß sie noch mit Erfolg eine höhere Klasse besuchen können.
Schriftliches Erscheinen am Aufnahmetag unbedingt erforderlich. Schulgeld für Reichsangehörige 40 Mark, für Reichsausländer 80 Mark. Benutzung des elektrotechnischen Laboratoriums 20 Mk. Zum Besuche eines Semesters betragen die Gesamtaufgaben für Schulgeld, Kost, Logis und dergl. 360-495 Mk. Programm unentgeltlich.
Die Direktion: Kircher.

Gr. Kunstgewerbeschule Karlsruhe.

Beginn des Schuljahres 1909/10: Dienstag, den 12. Oktober 1909. I. Fachschule für Schüler und Schülerinnen: Architektur, Bildhauer, Glaser, Dekorationsmaler, Glasmalerei, Keramik, Musterzeichner, Zeichenlehrer-Klasse; II. Winterhülle für Dekorationsmaler; III. Abendhülle (für Gewerbegehilfen). Anmeldungen schriftlich bis 15. September mit von der Direktion zu beziehenden Anmeldebogen. Prospekt gratis.

Haushaltungsschule Bruchsal

im neuerrichteten, schön und freigelegenen Institut Sancta Maria. Der Unterricht erstreckt sich auf alle Zweige des Hauswesens. Auf Wunsch kann auch Privat-Unterricht in Musik, fremden Sprachen und in den Handelsfächern erteilt werden. Beginn des Winterkurses 15. Oktober. Nähere Auskunft zu ertheilen bei der Schwester-Vorsteherin des Instituts.

Unentbehrlich für jede Familie!

Underberg-Boonekamp
Semper Idem,
Fabrikation alleiniges Geheimnis der Firma:
H. UNDERBERG-ALBRECHT
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
am Rathhaus in RHEINBERG am Niederreith,
Gegr. 1846.
Anerkannt bester Bitterlikör!
24 Preis-Medaillen!
Man verlange ausdrücklich: **Underberg-Boonekamp.**

Sämtliche Lokalitäten werden im Café Bauer renoviert.
Begonnen wird mit dem weissen Saal und ist dieser von Montag den 23. August bis Freitag den 27. geschlossen.
Das geehrte Publikum wird gebeten, während dieser Zeit den Eingang zu den anderen Sälen von der Lammstrasse aus zu benutzen. Hochachtungsvoll **Hermann Wolff.**

Dankfagung.

Für die vielen wohlthunenden Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns betroffenen Verluste unseres lieben Kindes
Otto,
für die überaus reichen Krankspenden und die zahlreiche Leichenbegleitung sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Die tieftrauernden Eltern:
Jos. Kienle und Frau.
Schniermeister.

Stadt. Vierordtbad.

Heissluft- und Dampfbäder
(irische, römische und russische Dampfbäder).
Elektrische Lichtbäder.
Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormittags u. Freitag nachmittags.
Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit und Sonntags vormittags 7-12 Uhr.“

Beliebt

bei Allen ist die allein echte:
Stechenpferd-Fleischmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Nabeul, denn diese erzeugt ein zartes reines Gesicht, rosiges jugendliches Aussehen, weisse sammetweiche Haut u. schönen Teint. A St. 50 Pf. bei: Carl Hoth, Goldberger, Herrenstr. 26. G. Biele, Kaiserstr. 223. Sul. Dehn Nachf., Jägerstr. 55. Wils, Ficherming, Amalienstr. 19. sowie in allen Apotheken.

Wirte!

Empfehle meine mit der gold. Medaille prämierte
Speisekränze
mit Trockenlufttrocknung, in Holz- oder Metallfassung, von Mk. 90 an. Nur eigenes Fabrikat.
A. Werle, Karlsruhe i. B.
Glaschautafeln aller Art, Schaufenster- u. Ladeneinrichtungen, Klapprechtst. 22, nächste Haltestelle der Elektrischen: Ehe Karl- u. Klapprechtst.

Strassburger Höhere Bildungsanstalt

(eh. Volkshochschule Bartholdy) Regenbogengasse 10.
Einjähr., Prima, Abitur., Assist., Sekret.
Tag- und Abendkurse. Mit und ohne Pension.
Prospekt gratis.
Im letzten Schuljahr bestanden von 47 Kandidaten 46.
Eintritt jederzeit. Wintersemester 1. Oktober. **Dir. Reiff.**

Grossherzoglicher Hoflieferant

Hoflieferant J. M. der Königin von Schweden
FRIEDRICH BLOS
F. Wolff & Sohn's Détail-Parfümerie
Kaiserstrasse 104 = Karlsruhe = Ecke der Herrenstr.
Fernsprech-Anschluss Nr. 213
empfiehlt reichhaltige Auswahl in allen Preislagen:
Moderne Schmuck-Gegenstände, Fächer jeder Art. Feine kunstgewerbliche Gegenstände. Fantasie-Möbel, Luxus- und Galanterie-Waren. Reise-, Leder-, Bronze-, Haushalt-Artikel. Majolika-, Zinn-, Porzellan-, Holz-, Glas-Waren etc. Toilette-Artikel, Parfümerien, Toilette-Seifen.
Fortwährend Eingang von Neuheiten.

Darmstädter Hof

(Neu renoviert).
Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum, Freunden und Bekannten die ergebenste Mitteilung, daß ich unterm Geizigen das **Hotel und Weinrestaurant Darmstädter Hof** eröffnet habe.
Durch Selbstkauf von nur prima reinen Weinen, sowie durch Führung einer anerkannt guten Küche bin ich in der Lage, allen Wünschen zu genügen.
Eigene Schlachtung.
Um geneigten Zuspruch bittet
hochachtungsvoll
J. Müller,
früher Kaiserhof u. Restaurant Grünwald.

Fuldaer Bonifatius-Kalender für 1910.

(Jubiläum-Ausgabe),
gebiegenster Volkskalender,
mit prächtigen Farbendruckbild „Stabat Mater Dolorosa“ und Wandkalender, das Stück nur 35 Pfg., zu beziehen durch die **Geschäftsstelle des „Badischer Beobachter“.**
NB. Die Zeitungsträger nehmen ebenfalls Bestellungen entgegen.

600 Paar Musterschuhe

für Herren, Damen und Kinder in nur guter Qualität sind eingetroffen und gebe solange der Vorrat reicht zu staunend billigen Preisen.

Auktionslokal Ruppurrerstraße 20.

Geld-Lotterie zur Ausschmückung der Hohkönigsburg.
Ziehung am 21., 22. u. 23. Sept. 1909 in Strassburg i. E.
Preis des Loses Mk. 3.— Porto und Liste 30 Pfg. Nachnahme 20 Pfg. Leuzer empfiehlt
die Geschäftsstelle des „Badischer Beobachter“, Karlsruhe, Adlerstraße 42.
Bestellungen erfolgen am besten auf dem Abschnitt einer Postanweisung, die bis zu 5 Mark nur 10 Pfg. kostet und sicherer als ein einfacher Brief ist.

Hohkönigsburger Geldlotterie.
Ziehung 21.-23. September
von **380000 Mk. bar.**
Haupttreffer 60000, 50000, 40000, 30000, 20000, 10000 Mk. usw.; auf 9892 Gewinne. Lose à 3.— Mk., Porto und Liste 30 Pfg., empfiehlt
Carl Götz,
Bankgeschäft, Karlsruhe,
Obst- bezw. Wallnüsse-Versteigerung.
Dienstag, den 24. ds. Mts., abends 6 1/2 Uhr, wird das Ergebnis von 7 Ballkugeln auf dem Feuerwehrtplatz und 9 Birnbäumen in der Gärtnerei im Stadteil Bühlburg gegen Barzahlung öffentlich versteigert. Zusammenkunft beim Feuerhaus. Karlsruhe, den 20. August 1909.
Städt. Garten-Direktion.

Millionen Hausfrauen putzen mit
Globus
Putzextract
Bestes Metall-Putzmittel